

Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980–2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel

Moderne Gesellschaften sind geprägt durch soziale Ungleichheit. Darunter versteht man die ungleiche Verteilung von gesellschaftlich „wertvollen Gütern“, wie bspw. Einkommen, Bildung, Gesundheits- oder auch Kulturversorgung. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts bildet die Analyse sozialer Ungleichheitsstrukturen den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft. So machte etwa Karl Marx die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel als Ursache für soziale Ungleichheit aus. Spätestens mit Überführung der Produktionsmittel in volkseigenes bzw. genossenschaftliches Eigentum im realexistierenden Sozialismus hätten – nach Marxscher Lesart – soziale Disparitäten also endgültig der Vergangenheit angehören müssen.

Unter Soziologen/-innen und Sozialhistorikern/-innen herrscht weithin Einigkeit darüber, dass die materiellen Ressourcen, die den Menschen zur Verfügung stehen, die wichtigste Ungleichheitsdimension darstellen und zugleich auf Verteilungen in anderen sozialen Bereichen einen Einfluss ausüben. Im Promotionsprojekt werden deswegen vornehmlich die materiellen Lagen, in Form von Einkommen, Haushaltsausstattung und Konsum, ostdeutscher Haushalte in den Blick genommen. Anhand der 1980er-Jahre wird zum einen überprüft, wie es um materielle Ungleichheit in der sozialistischen DDR bestellt war. Zum anderen werden entsprechende Entwicklungen unter dem neu eingeführten marktwirtschaftlichen System der 1990er-Jahre in Ostdeutschland untersucht.

Einerseits können Ungleichheitsstrukturen eine große Beharrlichkeit aufweisen. Zu ihrem tieferen Verständnis ist demnach eine längerfristige, sprich historische Perspektive notwendig. Andererseits können gesellschaftliche Umbrüche sozialen Wandel wiederum ganz abrupt freisetzen, der sich dann im Ganzen nur mittels einer Betrachtung des Davor und des Danach wirklich begreifen lässt. Beides, die längerfristige Perspektive und die Untersuchung von Ungleichheiten vor und nach der ostdeutschen Revolution, sollen vom Projekt ein- bzw. vorgenommen werden. Zu fragen ist hierbei nicht nur nach den Brüchen, sondern auch nach möglichen Kontinuitäten im sozialen und wirtschaftlichen Leben Ostdeutschlands. Markierte die Zäsur von 1989/90 einen totalen Umbruch oder waren manche sozioökonomischen Entwicklungen in den 1990er-Jahren bereits durch soziale Anordnungen im späten Sozialismus vorgeformt? Flogen in der friedlichen Revolution also alle nur kurz hoch, um sich dann wieder auf ihre Plätze zu setzen?

Als Hauptquelle dienen zeitgenössische Befragungen von Haushalten zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Von der amtlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR wurden allerdings keine die Gesamtbevölkerung umfassenden Erhebungen vorgenommen, wie sie bspw. vom Statistischen Bundesamt mit dem Mikrozensus bis heute durchgeführt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund konzentriert sich die Untersuchung auf Arbeitnehmer/-innenhaushalte; diese wurden auch in der DDR sozialstatistisch weitgehend erfasst. Zugleich stellten (und stellen noch immer) Arbeitnehmer/-innen die größte gesellschaftliche Gruppe dar, sodass sich an ihr sozialer Wandel sehr gut ablesen lässt. Neben Institutionen der amtlichen Statistik wurden in beiden Systemen auch von sozialwissenschaftlichen Einrichtungen Haushaltsbefragungen durchgeführt, die zwar zumeist weniger repräsentativ, aber dafür detailreicher als ihre amtlichen Pendanten waren. Die überlieferten Datensätze aus den 1980er-Jahren sind jedoch quellenkritisch besonders zu betrachten, da die DDR-

Soziologen/-innen politisch stark reglementiert waren. Denn schließlich sollte in ihren Forschungsergebnissen keine gesellschaftliche Realität offenkundig werden, die dem offiziellen Bild hätte widersprechen können.

In der letzten Dekade der SED-Diktatur stand die höchste Einkommensungleichheit im Jahr 1985 zu Buche. Zu diesem Zeitpunkt verfügten die einkommensstärksten 20 % der Arbeitnehmer/-innenhaushalte über fast das dreifache Pro-Kopf-Einkommen des einkommensschwächsten Fünftels. Oben positionierten sich hierbei eher kleinere Haushalte mit ein oder zwei Personen, während größere Haushalte, also diejenigen mit Kindern, öfter am unteren Ende der Einkommenshierarchie anzutreffen waren. Zwar trugen Kinder über das Kindergeld gewissermaßen auch zum Haushaltseinkommen bei, allerdings reichte dies nur selten an das einer/-s erwachsenen Arbeitseinkommensbeziehers/-in heran. Hierin unterschieden sich die sozialistischen Bedingungen kaum von denjenigen unter dem späteren marktwirtschaftlichen System. So erhielt beispielsweise ein Haushalt mit zwei Kindern im Jahr 1988 etwa 70 % des gesamt durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, während zehn Jahre später diese Verhältniszahl mit 65 % nur wenig darunterlag. Die in offiziellen Verlautbarungen behauptete Besserstellung von Familien mit Kindern im Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus ist hinsichtlich der Einkommenslage nicht haltbar.

Die Staatsführung der DDR hatte sich dem Erreichen zweier Ziele unterworfen, die in einem Konflikt zueinanderstanden, der sich kaum auflösen ließ. Auf der einen Seite stand das Gleichheitsideal ihres Säulenheiligen Karl Marx, das sich die SED als „Annäherung der Klassen und Schichten“ bzw. „Minderung sozialer Unterschiede“ in ihr Parteiprogramm eingeschrieben hatte. Und mit einer Kindergelderhöhung im Jahr 1987, die besonders zulasten des ohnehin bereits strapazierten Staatshaushalts ging, gelang es denn bspw. auch, die Einkommensungleichheit zwischen den Arbeitnehmer/-innenhaushalten um etwa 5 % zu senken. Auf der anderen Seite verzichtete die sozialistische DDR-Führung nicht darauf, Einkommen als Arbeits- und Leistungsanreiz zu nutzen – schließlich hatte sie ihrem Volk auch die „Erhöhung des materiellen Lebensniveaus“ versprochen.

Demzufolge wurden die durchschnittlich höchsten Löhne in den als volkswirtschaftlich besonders wichtig erachteten Sektoren gezahlt, nämlich den industriellen Kernbranchen wie Metallurgie oder Maschinen- und Fahrzeugbau. Unterdurchschnittliche Arbeitseinkommen erzielten hingegen die Beschäftigten im Handel, der Textilindustrie oder auch in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Diese Unterschiede in den Wirtschaftsbereichen zogen ihrerseits regionale Disparitäten nach sich. Überdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen herrschten etwa in den Arbeitnehmer/-innenhaushalten des industriegeprägten Bezirks Karl-Marx-Stadt vor. In Ost-Berlin, das bekanntlich nach Westen als Schaufenster zum Sozialismus dienen sollte, waren die Pro-Kopf-Einkommen in den 1980er-Jahren, wie auch im ersten Nachwendejahrzehnt, die höchsten im ostdeutschen Vergleich. Mit den Dienststellen der Staatsverwaltung war hier ein weiterer „gut entlohnender Sektor“ ansässig. Einkommensmäßig unten lagen die Haushalte in den ländlichen Bezirken Schwerin und Neubrandenburg; also in zwei der Vorläuferbezirke des späteren Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern, das dann auch in den 1990er-Jahren das Schlusslicht bei den Einkommensdaten bildete.

Trotz solcher Kontinuitäten finden sich auch sozioökonomische Brüche im Untersuchungszeitraum. Herrschte 1988 im einkommensstärksten Fünftel noch das 2,7-fache Pro-Kopf-Einkommen des untersten Fünftels vor, so erhöhte sich diese Kennzahl auf 3,5 im Jahr 1991 und stieg bis zum Ende der 1990er-Jahre auf den Spitzenwert von 3,8. Gleichsam erreichte zu dieser Zeit, genauer gesagt

1998, die offizielle Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 19,2 % ihr Maximum im Untersuchungszeitraum. Die D-Mark-Umstellung und hohe Tarifabschlüsse hatten für gestiegene Lohnkosten bei den ostdeutschen Unternehmen gesorgt. Zudem brachen die traditionellen osteuropäischen Absatzmärkte wie auch die inländische Nachfrage ein. Auf viele Ostdeutsche wirkten die neu verfügbaren „Westwaren“ anziehender als die alten „Ostprodukte“. Die Privatisierungspolitik unter der Ägide der Treuhand brachte weitere Betriebsstilllegungen und damit einhergehend auch – im Wirtschaftsjargon so genannte – „Arbeitskräftefreisetzungen“ mit sich.

Arbeitslosigkeit war ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Ungleichverteilung der Einkommen. Auf der einen Seite gab es Haushalte, deren Mitglieder gar nicht oder nur zeitweilig von ihr betroffen waren: Inhaber eines Hochschulabschlusses wurden verhältnismäßig seltener arbeitslos als An- und Ungelernte, aber auch als ausgebildete Facharbeiter. Folglich konnten sich frühere Funktionseliten, wenn sie nicht als politisch belastet galten, erstaunlich gut ins neue System einfinden. In der DDR waren sie vergleichsweise häufiger zu höherer Bildung gelangt, wovon sie nun profitierten. Schließlich sah der Einigungsvertrag die Anerkennung der meisten Schul- und Berufsabschlüsse vor. Auf der anderen Seite standen jene Haushalte, für die Erwerbslosigkeit ein langwierigeres Thema war und die nun mitunter einen Gutteil ihres Einkommens über Sozialtransfers bestreiten mussten. In der Spätphase der DDR hatte in allen Einkommensgruppen die Erwerbstätigenquote von Erwachsenen bei über 90 % gelegen. Ein Jahrzehnt später, im Jahr 1998, lag diese Quote im einkommensstärksten Fünftel noch immer über 90 %. Jedoch im einkommensschwächsten Fünftel war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr jeder zweite der über 18-Jährigen erwerbstätig. Dieser Einbruch des zuvor unbekanntem Phänomens Arbeitslosigkeit in die Arbeitsgesellschaft der DDR zeitigte nicht nur einen immensen Anstieg an Einkommensungleichheit, auch kann er in seiner sozialpsychologischen Wirkung kaum überschätzt werden.

Einen Umbruch anderer Art stellt die Entwicklung des *Gender-Pay-Gap* zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dar. Aller emanzipativen Tendenzen zum Trotz hatten in der späten DDR vollbeschäftigte Frauen ein 24 % geringeres verfügbares Einkommen als ihre männlichen Pendanten. Dies hatte primär mit den strukturellen Beschäftigungsunterschieden zu tun: Es waren der Handel, die Textilindustrie sowie der Sozial- und Kulturbereich, in denen Frauen mit einem Beschäftigungsanteil von mehr als 60 und 70 % überrepräsentiert waren – also ebenjene Wirtschaftssektoren, die am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsskala rangierten. Die Berufe mit dem höchsten Männeranteil lagen neben der Baubranche in der Metallurgie und dem Maschinen- und Fahrzeugbau, die, wie ebenfalls bereits erwähnt, überdurchschnittlich gut entlohnt wurden. Mit der starken Deindustrialisierung nach der „Wende“ veränderte sich die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands und neben dem Bau- wurde auch der Dienstleistungssektor wichtiger. In letzterem konnten nun verstärkt auch Frauen Beschäftigung finden, sodass sich die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern auf etwa 13 % im Jahr 2000 abmilderte.

Für die Beschäftigung mit sozialer – und im engeren Sinne mit materieller – Ungleichheit wäre es nicht ausreichend, allein Einkommensdisparitäten zu beleuchten. In einem Wirtschaftssystem etwa, in dem man sich aufgrund von Mangel oder politischen Restriktionen für sein Geld nichts kaufen kann, bliebe die Verteilung von Einkommen weitgehend ohne Einfluss auf die materiellen Lebensniveaus. Da zudem Haushalten als kleinster sozialer Einheit eine Versorgungsfunktion innewohnt, ist der Blick auf die Seite der Konsumtion unerlässlich.

In der späten DDR waren die Arbeitnehmer/-innenhaushalte nahezu flächendeckend mit Küchen- und Haushaltsgeräten, wie Kühlschränke und Waschmaschinen, ausgestattet. Dies sollte nicht zuletzt den Frauen, die auch in der DDR zumeist diejenigen waren, die die Haushaltsarbeit verrichteten, Erleichterungen und Zeiteinsparungen bringen. So lag 1988 der Ausstattungsgrad mit Waschmaschinen bei 92 %. Verteilungsunterschiede vollzogen sich hier eher nach Nutzenaspekten als nach Einkommen. Ein- und Zwei-Personen-Haushalte waren, obwohl sie durchschnittlich über das höhere Pro-Kopf-Einkommen verfügten, seltener mit einer Waschmaschine ausgestattet als größere Haushalte, die freilich mehr Wäsche zu waschen hatten.

Dahingegen hatte die Einkommenslage auf die Ungleichverteilung anderer technischer Güter durchaus einen Einfluss. Die 20 % der Haushalte mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen verfügten 1988 nur zu gut 40 % über Farbfernseher und PKW, während die entsprechenden Ausstattungsgrade des obersten Fünftels über 60 % betragen. Doch auch hier lassen sich bei genauerem Hinsehen Differenzierungen entlang von Nutzenaspekten ausmachen. Bspw. war im „Einkommensschlusslicht“ und gleichsam sehr ländlichen Bezirk Neubrandenburg die Ausstattung mit PKW höher als in der gesamten DDR. Im großstädtischen Ost-Berlin hatten die Haushalte wiederum seltener ein Auto, waren sie doch mit breiten öffentlichen Nahverkehrsmöglichkeiten gesegnet. Zugleich lag in Ost-Berlin – das, so sei erinnert, das höchste Pro-Kopf-Einkommen aufwies – in den gesamten 1980er-Jahren die Ausstattung mit Farbfernsehern durchweg unter dem DDR-Durchschnitt, was einigermaßen bemerkenswert (und im Projekt auch noch erklärungsbedürftig) ist. In der DDR war für die Ausstattung der Haushalte neben deren Einkommen und Nutzenkalkülen auch die staatliche Konsumgüterlenkung und -verteilung ein wichtiger Faktor. Und für die, zum Großteil noch in der Weimarer Republik politisch sozialisierte, Staatsführung hatte die Versorgung mit Unterhaltungselektronik und PKW nicht gerade höchste Priorität.

Mit Einführung der Marktwirtschaft erhöhte sich nicht nur der Besitz von technischen Konsumgütern, auch lösten sich Ausstattungsunterschiede zwischen den Haushalten weitgehend auf. Waschmaschine und Farbfernseher gehörten schon bald zur Standardausstattung eines jeden ostdeutschen Haushalts. Dennoch kam es in den 1990er-Jahren zu keiner horrenden Kreditverschuldung der Haushalte, die von Manchen als Begleitung eines „ostdeutschen Konsumrausches“ erwartet worden war. Möglich wurde die Erfüllung der Konsumwünsche durch die gestiegenen Einkommen und die immensen westdeutschen Produktionskapazitäten, die die Warenverfügbarkeit schlagartig erhöhten. Überdies änderte sich mit dem Systemwechsel die Preisstruktur der verschiedenen Gütergruppen. Technische Produkte waren nun vergleichsweise günstiger zu haben, während mit dem Abbau der als „zweite Lohntüte“ apostrophierten Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs diese relativ teurer wurden. Gleichwohl mussten nach den Einkommenszuwächsen der frühen 1990er-Jahre Arbeitnehmer/-innenhaushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 1993 nur noch 15 % ihres Haushaltseinkommens für Nahrungsmittel aufwenden; 1988 hatte dieser Anteil noch bei 23 % gelegen. Zwar lässt sich grundsätzlich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nur in begrenztem Maße reduzieren und ausdehnen. Dennoch konsumierten sowohl 1988 als auch 1993 von den Vierpersonenhaushalten das einkommensstärkste im Vergleich zum einkommensschwächsten Fünftel Nahrungsmittel mit einem 20 bis 30 % höheren Wert. Einkommensdisparitäten waren also systemübergreifend ein Bestimmungsfaktor von Ungleichheiten beim Konsum.